

Schmidt bei Honecker

GIPFELTREFFEN DER DEUTSCHEN FRONTSTAATEN

5 “Es ist schon etwas Besonderes, was sich da zwischen den beiden Männern entwickelt hat.” (Klaus Bölling)

Januar 1980, kurz “nach Afghanistan”, ward ein geplantes Treffen zwischen Schmidt und Honecker wegen der internationalen Lage in gegenseitigem Einvernehmen abgeblasen. August 1980, nachdem man sich im Mai am Grabe Titos ein wenig berochen hatte, sagte Kanzler Schmidt kurzfristig und demonstrativ den neuen Besuchstermin ab, wegen Polen und weil die DDR das freche westdeutsche Reiseprotokoll nicht einfach schlucken wollte. Dezember 1980 kommentiert eine angesehenere deutsche Tageszeitung - inzwischen hat die DDR die Mindestumtauschsätze für Besucher aus dem Westen und aus Westberlin erhöht:

15 “Im Schatten der Bedrohung Polens haben die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einen Tiefstand erreicht.”

Dezember 1981, da Afghanistan weiter von der Sowjetunion besetzt ist, sich die Lage in Polen weiter zuspitzt und an den “Zwangsumtauschsätzen” nichts geändert wurde, also zu einem diplomatisch gesehen ziemlich “unpassenden” Zeitpunkt, kommt das deutsch-deutsche Treffen zustande.

20 Es wird auch nicht abgebrochen, als in Polen das Militär die Macht übernimmt, so daß Strauß von politischer “Instinklosigkeit” spricht und eine amerikanische Zeitung giftig bemerkt: “Helmut Schmidt ist in Ostdeutschland rumgelatscht, als ob nichts passiert wäre.” Und es ist keine kleine, erste Wiederannäherung, die im Dezember stattfand - großer Hof, wahres Gipfeltreffen zwischen den beiden deutschen Staaten mit zusätzlich drei Ministern auf beiden Seiten, die ständigen Vertreter sowieso, 15 Stunden Gespräch zwischen Generalsekretär und Kanzler, auf welche Dauer beide extra hinwiesen.

25 Erster Schluß: Zwischen der ostdeutschen DDR und der westdeutschen BRD sind die Beziehungen sehr besonders.

“Ohne Vorbedingungen”

30 sollte der Besuch stattfinden und sollen die Gespräche auch geführt worden sein, wie es der Kanzler noch in der Tischrede betonte:

35 “Ich habe mehrfach - zuletzt vor dem Deutschen Bundestag in Bonn - gesagt: Sie, Herr Generalsekretär, und ich wollen unser Gespräch ohne Vorbedingungen führen. So hat es in der Tat am gestrigen Abend auch begonnen. So ist es heute fortgesetzt worden. Jeder ist frei, in diesen drei Tagen alle die Fragen anzusprechen, die ihn beschäftigen oder die ihn beschweren.”

Das mag schon sein, daß die beiden Souveräne ihrer Staaten frei sagen können, was sie wollen; tatsächlich haben sie sogar ihre unterschiedlichen Standpunkte klar geäußert. Doch daß deshalb die Gespräche von höchstem diplomatischen Rang bedingungslos gewesen sein sollen, ist dem

Besuch nicht zu entnehmen. Man kann vielmehr sehen, daß es vor allem der Kanzler war, der von vornherein nicht gerade nebensächliche Bedingungen setzte, derselbe der auf dieser Charakterisierung des Besuchs so herumgehackt hat. Wir meinen dabei nicht einmal das Bad des Kanzlers in den (bestellten) Massen auf dem Güstrower Weihnachtsmarkt, wo er sich kurz mit einem Weihnachtsmann des Realen Sozialismus unterhielt. Aber das soll "ohne Vorbedingungen" gewesen sein, wenn der eine Souverän ganz selbstverständlich, mit *seiner* Interpretation des Grundlagenvertrages und seinem Grundgesetz im Tornister, auch alle Ostdeutschen des Generalsekretärs für sein Staatsvolk nimmt?

"Wir werden uns über die Grundsatzfrage der Nation nicht verständigen. Aber wir haben schon 1972 in der Präambel des Grundlagenvertrages beiderseits festgelegt, daß die nationale Frage besteht - und die Parlamente beider Seiten haben dem zugestimmt. Sie kennen meine aus Amtseid wie" (das ist gut) "aus Überzeugung bestehende Verpflichtung auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Aber wenn ich dies sage" (das ist geradezu unverschämt), "so will ich damit keineswegs die Eigenstaatlichkeit und keineswegs die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik in Zweifel ziehen." (Tischrede des Kanzlers)

Genau das tut er damit, und der Souverän der DDR schluckt - natürlich mit Widerrede -, daß die BRD ihm sein Staatsvolk bestreitet und in Salzgitter sogar eine bundesdeutsche Staatsanwaltschaft gegen es ermittelt, und führt mit dem vertrauensbildende Gespräche, der die Souveränität nicht oder eben nur sehr bedingt anerkennt. Der Chef der SED verzieht auch keine Miene, als ihm der Kanzler vor den Kopf knallt: "Ich fühle mich (wegen des Mindestumtauschs) getäuscht, Herr Generalsekretär." Er nimmt in Kauf, wenn der Deutsche aus dem Westen, wo es nur geht, von *den Deutschen, den Menschen* hüben und drüben, von *deutscher Geschichte* und ähnlichen gar nicht undeutlichen Perspektiven redet:

"Wir (?) vermögen die Grenze, die uns trennt, heute nicht zu überwinden." (Tischrede des Kanzlers),

oder, noch schöner, auf der Pressekonferenz des Bundeskanzlers in der Jugendhochschule Wilhelm Pieck:

"Die Deutschen müssen sich in beiden Teilen daran erinnern, wenn man die Geschichte der letzten Jahrhunderte vor seinem Auge noch einmal passieren läßt, daß es lange, lange Perioden gegeben hat mit einer Mehrzahl (!) von Staaten in Deutschland, einer Mehrzahl deutscher Staaten, teils waren sie souverän, teils waren sie es nicht (!), und haben trotzdem Kriege miteinander geführt, teils waren sie verbündet mit auswärtigen Mächten, mit größeren und mittleren.

Es wird Zeit" (genau, Herr Schmidt), "daß man den gegenwärtigen Zustand in Deutschland in eine geschichtliche Perspektive bekommt, damit er eine Zukunft hat, daß man eine realistische Einschätzung der Zukunft sich selber macht."

In jeder diplomatischen Äußerung, wie sie bei Beziehungen zwischen Staaten usus sind, - sie mag gar nicht direkt so gemeint sein - schwingt der westdeutsche gesamtdeutsche Anspruch ganz von selbst mit. Herr Honecker nimmt das alles nicht nur in Kauf, er sieht nicht nur einfach über diese Unzahl von Affronts gegen die Souveränität der DDR hinweg, deren "völkerrechtliche Anerkennung" 30 Jahre lang *das* Ziel der DDR-Außenpolitik gewesen ist, und gibt den diplomatischen Erpressungen durch die BRD nach, sondern redet selbst viel von den Deutschen,

5 ihrer gemeinsamen Aufgabe, ihrem geschichtlichen Erbe, von Europa. Wen wundert es da noch, daß dem DDR- Außenminister Fischer der westdeutsche Minister für innerdeutsche Beziehungen gegenübergesetzt wird. Zweiter Schluß: Die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR sind so besonders, daß die Bundesrepublik nie und nimmer normale Beziehungen zwischen zwei Staaten daraus werden läßt:

“Wir sind auch noch weit entfernt von bloß vernünftigen nachbarlichen Beziehungen - und dies ist eine sehr viel bescheidenere (!) Formulierung als normale gutnachbarliche Beziehungen.” (Tischrede des Kanzlers)

10 Umgekehrt ist die DDR so sehr an diesen guten Beziehungen interessiert, daß sie es hinnimmt, nie ein gleichberechtigter zweiter deutscher Staat mit normalen Beziehungen zu werden, aber trotzdem auch so ein nationales Interesse damit verfolgt.

“Besuch nicht mit Erwartungen belasten!”

15 Nach dem Breschnew-Besuch schon der zweite, von dem vorher und nachher hier kräftig betont wurde, es ginge überhaupt nicht um konkrete Ergebnisse. Nur, warum besuchen sie sich dann? Diplomatische Laberei, zwischenstaatliches Händchenhalten und bilaterale Vertrauensbekundungen sind ja wohl kein Selbstzweck. Es wäre auch ganz falsch, das Treffen, von dem man sich nichts Handfestes erwarten sollte (etwa die Verminderung der

20 Mindestumtauschsätze) einfach in die Taktik des deutschen Bundeskanzlers zu verlegen, der sich erstens auch bei diesem Staatsbesuch als Vermittler zwischen Ost und West aufspielen will und sich zweitens gegenüber der Opposition absichert, die Erfolge sehen will. Die politische Tour des Kanzlers wird schon ihre Rolle spielen, aber dafür braucht es einen Mitspieler und das nationale Interesse der eigenen Nation als Grundlage. Letzteres besteht darin, mit der DDR, der regelmäßig ihre *Teilstaatlichkeit* anerkannt und damit ihre *Staatlichkeit* bezweifelt wird, die wirtschaftlichen

25 Beziehungen fortzusetzen, und auch noch auszudehnen - in der sicheren Gewißheit, daß diese *nützliche Waffe* alle bisher gedachten oder gepflogenen ideologischen Zersetzungsmanöver gegen den Ostblock in den Schatten stellt. Das nationale Interesse der sozialistischen DDR kommt den “Imperialisten” Westdeutschlands ziemlich weit entgegen, weil dieser Staat des Ostblocks (der mit seinen Untertanen, mögen sie auch einem Schmidt mehr zujubeln wollen, als ihnen z.B. in

30 Güstrow erlaubt war, keine besonderen Probleme hat, was auch hier bemerkt wird) sich unter den Brudervölkern eine wirtschaftliche Sonderrolle erwirtschaftet hat, und zwar nicht zuletzt mittels des innerdeutschen Handels (Die DDR ist für die BRD nicht EG-Ausland!) und sonstiger industrieller Kooperation mit den Westdeutschen. Es ergibt sich der existierende Widersinn, daß die beiden Frontstaaten, der eine West, der andere Ost, *gemeinsame* Interessen entdecken, die sich

35 ganz logisch beide gegen den Ostblock richten, einmal gewollt, einmal von selbst.

1. Gesamtdeutsche Ökonomie

40 Die ökonomisch hervorragende Sonderstellung der DDR im Ostblock (man kann sie an den ostdeutschen Fünfjahresplänen feststellen), die - inzwischen - ohne gute und bessere wirtschaftliche Beziehungen zur BRD nicht mehr zu denken ist, gibt *den* Grund ab für das starke Interesse der ostdeutschen Republik an dem Staatsbesuch des Kanzlers. Nicht umsonst war Graf

Lambsdorff mit von der Partie. Schon vor dem Gipfel war es Ostdeutschland eine Selbstverständlichkeit, daß der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, drüben mit Honecker, dem für die Wirtschaft zuständigen Politbüro-Mitglied Günter Mittag und dem stellvertretenden DDR-Außenhandelsminister Gerhard Beil Gespräche führte, dies im "Neuen Deutschland" auf der Seite 1 berichtet wurde und Amerongen im Bewußtsein guter Angebote aus der DDR in derselben Zeitung erklären konnte:

"In der gegenwärtigen komplizierten konjunkturellen Lage schätzen die Unternehmen der BRD stabile und langfristig ausgerichtete Geschäfte mit der DDR in besonderem Maße."

Und das Treffen der Chefs der "beiden deutschen Staaten in einer Nation" erbrachte immerhin so Konkretes wie folgende wirtschaftliche Perspektiven:

"Beide Seiten sind bestrebt, die im gegenseitigen Interesse liegende wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit langfristig zu entwickeln, zu erleichtern und zu vertiefen. Es bestand Übereinstimmung, den Warenaustausch auf der Grundlage der bestehenden Abkommen und nach Maßgabe der Möglichkeiten beider Seiten auszubauen und seine Struktur zu verbessern.

Sie unterstrichen die Bedeutung der Zusammenarbeit bei Projekten und der Unternehmenskooperation einschließlich der Zusammenarbeit auf dritten Märkten."
(Gemeinsames Kommuniqué)

"Wir haben über Maßnahmen zur Förderung des innerdeutschen Wirtschaftsverkehrs gesprochen. Ich nenne die hier nur dem Thema nach: Ausbau der Gestattungsproduktion und der Lizenzvergabe, längerfristige Vereinbarungen über Lieferungen in bestimmten Bereichen, energiewirtschaftliche Zusammenarbeit und, sicherlich nicht unwichtig, Kooperation auf dritten Märkten, insbesondere auf Märkten der Dritten und der Vierten Welt." (Gab es nicht einmal eine Hallstein-Doktrin?) "Ein Zusammenfügen der Möglichkeiten der Volkswirtschaften beider deutscher Staaten kann uns eine Wettbewerbsposition in dem einen oder anderen Falle verschaffen, die wir versuchen wollen zu nutzen." (Erklärung von Bundesminister Graf Lambsdorff)

Zur Normalität deutsch-deutscher Beziehungen gehört es offenbar inzwischen auch, die Erdgaslieferung aus der Sowjetunion auch für Westberlin gesichert zu wissen, die Berliner Gewässerfrage weiter zu behandeln, den "grenzüberschreitenden Kaliabbau" zu regeln, Umweltschutzfragen zu klären, Rentenüberweisungen aus der DDR in die Bundesrepublik zu sichern usw. Was die DDR besonders interessierte, das Swing-Abkommen im Handel zwischen den beiden deutschen Staaten, wurde auf eine Art und Weise elegant erledigt, die den wechselseitigen Interessen auf bestimmte Art und Weise Rechnung trug: Die BRD-Seite gestand statt einer *Erneuerung* des auslaufenden Vertrags seine auf sechs Monate terminierte Verlängerung zu. Damit wurde einerseits dem Umstand Rechnung getragen, daß 6.000 westdeutsche Firmen davon profitieren und daß für die BRD überhaupt Geschäfte mit der DDR das effektivste *gesamtdeutsche* Anliegen sind, das sie sich denken kann. Andererseits ist die Drohung mit einer Kündigung des Überziehungskredits damit nicht vom Tisch, sondern für ein halbes Jahr vertagt mit der unmißverständlichen Option, von diesem schärfsten ökonomischen Erpressungsmittel bei Bedarf immer noch Gebrauch machen zu können. Die vorher öffentlich diskutierte Koppelung des

Swings mit einer Rücknahme des Mindestumtauschs wurde keinesfalls aufgegeben: Man will der DDR eine Schamfrist nach dem Besuch einräumen, dieses Sache “ins Reine zu bringen”.

5
Dritter Schluß: Der Osthandel mit der DDR ist der deutsche Sonderangriff auf den Ostblock. Weil die DDR auf wirtschaftlichem Gebiet etwas anzubieten hat, setzt man auf den westdeutschen Nutzen und die Abhängigkeit, die damit den Ostdeutschen auferlegt ist. Dafür ist man hier auch bereit, die TSI in Berlin, die “Treuhandsstelle für den Interzonenhandel” in “Treuhandstelle für Industrie und Handel” umzubenennen. Zu all dem macht Honecker gute Miene.

2. Gesamtdeutsche Friedenspolitik

10
Auf dieser Grundlage kommt es zu dem Witz der Geschichte, daß die beiden deutschen Staaten, von denen der eine den anderen eigentlich als den seinen betrachtet, daß die beiden Frontstaaten gegensätzlicher Systeme auch zu Gemeinsamkeiten der Friedenssicherung im Ost-West-Konflikt finden. So wie die BRD ihre Frontstaatrolle lieber nicht in actu, also in direktem Einsatz von Reichtum, Land und Leuten für den Westen und die Freiheit einsetzen möchte, solange das geht, 15
sondern als Nation an der Freiheit und der Macht des westlichen Bündnisses genesen will, für die man immerhin die NATO-“Nachrüstung” vorgeschlagen und mitdurchgesetzt hat - so beliebt es der DDR, nicht als Nation darunter zu leiden, daß sie der östliche Frontstaat des Ost-West-Gegensatzes ist. Man prüfe daraufhin die bilateralen deutschen Erklärungen:

Honecker:

20
“Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland, im Zentrum Europas und an der Trennungslinie der beiden Weltsysteme und der beiden militärischen Koalitionen gelegen, brauchen den Frieden und die Entspannung in besonderem Maße. Zugleich tragen sie, eingedenk der geschichtlichen Lehre, eine hohe Verantwortung dafür, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Beide Staaten haben alle 25
Veranlassung, mit ganzer Kraft dafür zu wirken, daß die weltpolitische Lage gesundet und die Abrüstung, die Fortführung der Entspannung zur bestimmenden Tendenz der 80er Jahre wird.” (Tischrede)

Schmidt:

30
“Gewiß haben wir Deutschen - Sie ebenso wie wir, die wir alle direkt oder indirekt in diesen Verhandlungen betroffen sind, indirekt sind alle Europäer betroffen -, gewiß haben wir beide, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland, bei diesen Verhandlungen keine Sonderrolle. Aber gerade weil dieser schlimme Zweite Weltkrieg von deutschem Boden ausgegangen ist, deshalb können, deshalb dürfen wir 35
Deutschen uns nicht auf die Rolle interessierter Zuschauer beschränken. Sondern als loyale Mitglieder unseres jeweiligen Bündnisses, denen wir, denen Sie mit Überzeugung angehören, müssen wir unsere geschichtlichen Erfahrungen, unsere Einsichten, und müssen wir die Sorgen der Menschen in beiden deutschen Staaten einbringen.” (Tischrede)

Beide:

“Beide Seiten gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ein wesentliches Element der Entspannung und Friedenssicherung in Europa ist.” (gemeinsames Kommuniqué)

5 Freilich bleibt da ein Unterschied sehr prinzipieller Art - und dies soll der vierte, offene Schluß sein! Wenn der Bundeskanzler von Frieden, Selbstbestimmung, Nutzen der Menschen redet; meint er allein und nur die BRD, den Westen, die Freiheit, den Kapitalismus und ist in dieser Hinsicht sehr unnachgiebig in seinem Standpunkt:

10 “Wenn das Geflecht der Beziehungen verstärkt und ausgebaut werden kann, so wird es für die Menschen in beiden deutschen Staaten von Nutzen sein.

Wir haben diese Möglichkeit angestrebt, und wir haben sie wahrgenommen, ich habe dies aus Überzeugung getan, weil nämlich die Menschen hier und ebenso drüben die Erfüllung dieser Pflicht von jedem deutschen (?) Bundeskanzler (!) erwarten dürfen.” (Regierungserklärung zum Besuch)

15 Die BRD und ihr Kanzler sind sich so sicher im Wissen um die Überlegenheit der westlichen Macht - für die “die Menschen”, die deutschen zumal, ein gefundenes Fressen abgeben -, daß sie dafür lässig einen deutsch-deutschen historischen Kompromiß feiern, nachdem sie vorher darauf gedrungen haben, im Gipfelprotokoll müsse eine Begegnung mit “deutschen Christen” vorgesehen sein, Barlach wird dafür auch noch eingespannt:

20 “Herr Bischof... Wenn Sie gesagt haben, Barlach sei unsere gemeinsame Erinnerung an unsere gemeinsame Vergangenheit, möchte ich das etwas anders wenden, er kann auch unsere gemeinsame Zukunft sein.

25 Und zum zweiten möchte ich sagen, daß Sie den Marxisten Honecker und den Christen Schmidt angedredet haben, so weit, wie es manchmal scheint, sind sie nicht auseinander. Und wenn Sie sich an Ernst Bloch und an das Prinzip Hoffnung erinnern, dann werden die Marxisten wissen, welche große Rolle die Hoffnung im Bewußtsein der Christen spielt. So weit sind sie nicht auseinander.

30 Und persönlich möchte ich Ihnen gern sagen, Herr Bischof, daß ich Ihre Überzeugung teile von Gott als dem Herrn der Geschichte und damit auch dem Herrn der Politik.” (der gesamtdeutsche Vater wird’s schon richten) “Aber die Menschen haben auch einen Teil beizutragen. Das haben wir beide, Herr Honecker und ich, in den letzten drei Tagen uns bemüht.”

35 Natürlich meint Honecker bei allem, was er sagt und tut und wie er mit dem “Imperialisten” und “Revanchisten” aus dem deutschen Westen umgeht, auch nur die Deutsche Demokratische Republik, den Sozialismus und das gemeinsame Lager des realsozialistischen Ostblocks, also auch keineswegs die Menschen seines Lagers. Doch gibt sich der dogmatische Opportunist im östlichen Freundschaftslager zu Sachen her, die der liberale Opportunist im westlichen Bündnis schon wegen des Dogmatismus der Freiheit niemals mitmachen würde. Dafür mag eine wahre Begebenheit stehen: Als Schmidt (im Zug, am Fenster) und Honecker (auf dem Bahnsteig) auf die
40 Abfahrt des Zuges in Güstrow warteten, überbrückte der Generalsekretär die diplomatische Langeweile von ein paar Minuten damit, daß er dem Kanzler ein Bonbon anbot. Der nahm es gern, aber vergaß nicht - hinter hohler Hand - hinzuzufügen: “Wird sozialisiert!” Genosse Honecker lachte auch noch über die feine Kumpelhaftigkeit des Bürgers Schmidt.

5 “* Gespräche verliefen freimütig, konstruktiv und vertrauensvoll * International
gewürdigter Beitrag zu Zusammenarbeit und Entspannung * Standpunkta zu allen
Hauptproblemen unserer Zeit ausgetauscht * Übereinstimmung in der Grundfrage des
Friedens trotz Meinungsverschiedenheiten bei anderen Themen * Für Beitrag beider
deutscher Staaten zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung * DDR unterstützt neue
Vorschläge Leonid Breshnews zur Friedenssicherung * NATO-,Nachrüstung‘ ist
10 Überrüstung und zerstört das annähernde militärische Gleichgewicht * Völker brauchen
keine neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa * Genfer Verhandlungen
UdSSR-USA von beiden Seiten positiv bewertet * DDR für parallele Aktionen beider
deutscher Staaten zur militärischen Entspannung * Bilaterale Beziehungen von überholtem
politischem Ballast befreien * Grundlage können nur Achtung der Souveränität und
15 Nichteinmischung sein * Handel soll weiter ausgebaut werden * Ergebnisse des Treffens
von langfristiger Wirkung”

Aufmacher auf S. 1 des SED-Zentralorgans “Neues Deutschland” vom 16. Dezember